

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Samstag-Zeitung“ erscheint an jedem Montag sonntags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,40 Reichsmark, durch Ausgabe ohne Postgebühren 1,40 Reichsmark. Durch die Post 1,40 Reichsmark. Die Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten. Die Anzeigen werden nach Reichsmark-Zeiten berechnet, die Zeit für die Anzeigen ist 10 Zeilen für 1000 Buchstaben. Die Anzeigen sind im gleichen Tarif wie in der „Mittelddeutschen Zeitung“ zu berechnen, besondere Ermäßigung. Derzeitige: Neue Druckerei 1 a. O. Draubachstraße 17. Verleger: Hermann-Dumme 7431. Druck-Verlag: „Verlagsgesellschaft Halle“, Halle. Druckerei: Buchdruckerei Giesecke, Halle. Postfach-Nr.: Leipzig Nr. 22815. Verlagsort: Halle.

Die Kredite der Reichsregierung für Ruhr und Rhein. Zahlungen an Groß und Klein / Keine Schenkungen / Erfas der von Privaten an Stelle des Reichs gemachten Aufwendungen.

Neues in Kürze.

Drohmedungen und Radiotelegramme.



General Riman von Sanders, der Führer der künftigen Armee im Weltkriege, General der Kavallerie Riman von Sanders, wird am 18. Februar 70 Jahre alt.

Der bekannte deutsche Führer der türkischen Armee im Weltkriege, General der Kavallerie Riman von Sanders, wird am 18. Februar 70 Jahre alt. Er übernahm 1914 die Leitung der deutschen Militärschule in der Türkei. Während des Krieges führte er persönlich die erfolgreiche Verteidigung von Gallipoli und war bis zum Westfrontkollaps Oberbefehlshaber der Kavalleriefront. Von den Engländern wurde er später in verschiedenartiger Weise gefangen gesetzt.

Zum Mitglied der Generaldirektion der Sechandlung, der Preussischen Staatsbank, hat das Preussische Staatsministerium den Ministerialrat Koberner aus dem Reichsfinanzministerium ernannt. Koberner hat 22 Jahre bei der Deutschen Bank tätig und trat 1917 als Finanzdirektor der deutschen Reichsbank in Konstantinopel in den Staatsdienst über. Nach dem Krieg wurde er in das Reichsamt übernommen.

Reichsanwalt Dr. Kuster hat in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Neubaus und des Oberpräsidenten von Ostpreußen Siehr gestern von Danzig aus die Marienburg, das berühmte Schloß der Deutschritter besichtigt.

Der englische Botschafter in Berlin ist gestern zur Eröffnung der britischen Handelsmission in Hamburg eingetroffen. Zum Empfang hatte sich der englische Generalkonsul Oliver mit dem Herrn des Generalkonsulats am Bahnhof eingefunden. In der Wohnung des englischen Generalkonsuls fand ein Frühstück statt.

Generalsekretär Dr. Schneider von der Friedensgesellschaft im Haag ist auf Veranlassung des deutschen Oberdeutschen Komitees wegen Landesverrats verhaftet worden. Anlaß soll seine jüngste Rede im deutschen Gebiete sein.

Dieser Tage wurden in verschiedenen Städten, namentlich Düsseldorf und Bodum, durch die Franzosen zahlreiche (insgesamt etwa 40) Verhaftungen vorgenommen wegen angeblicher Beteiligung an Reichsorganisationen.

Savus meldet, daß der Reichstag der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin über die Entlassung Deutschlands infolge einer Verzögerung materieller Art erst im März vorläufig der Vorkonferenz übermitteln werden könne.

Der Präsident des Danziger Senats hat sich gestern zu Finanzverhandlungen nach London begeben. Danzig sucht eine Anleihe aufzunehmen.

Der diplomatische Vertreter der Londoner „Daily Telegraph“ schreibt unter Hinweis auf die kürzlich erfolgte Besetzung der Reichsregierung durch die Sozialdemokraten, daß die Kompositionen seien ursprünglich französisch verhandelt worden. — Zahlen sollen die Deutschen, aber vorher das Geld dazu verdienen nicht.

Aus dem Inhalt der Denkschrift.

Dem Reichstage ist nunmehr die weit länger angelegte Denkschrift über die Ruhrfrage vorgelegt. Aus ihr ergibt sich, daß die Zahlungen nicht nur den großen Industrie-Gruppen

des Ruhrgebietes sowie den anderen bergbaulichen Gruppen des Reichsgebietes, der heimischen Industrie und der Rheinisch-Westfälischen Industrie werden, sondern gleichzeitig auch der großen Anzahl kleinerer und kleinster Gewerbetreibender, soweit sie gewonnen werden waren, für das Reich Reparationsleistungen zu übernehmen oder in anderer Weise durch Maßnahmen der Besatzungsbehörden gefährdet werden sind.

Wichtig ist ferner die absolute Klarstellung des Charakters der Währungsleistungen, um die es sich hier handelt. Es handelt sich um die nach Einstellung des Ruhrkampfes von der Industrie des alt- und neubestehenden Gebiets durch den Abschluß der Währungsverträge erzwungenen und aus eigenen Mitteln für das Reich auszuführenden Reparationsleistungen. Solche Reparationsleistungen sind neben dem Ruhrkohlenbergbau, dessen Währungsleistungen sowohl finanziell wie auch wirtschaftlich als das weitaus bedeutendste anzusehen ist, auch der Braunkohleindustrie, den Zechen des Magdeburger Gebiets und der heimischen Industrie aufzunehmen worden, ungedeckt die große Zahl der sogenannten nichtkohlenindustriellen Betriebe aller übrigen Wirtschaftszweige des Reichsgebietes.

Bekanntlich erklärte nach Einstellung des passiven Widerstandes die Reichsregierung grundsätzlich ihre Unfähigkeit, die Reparationsleistungen wieder aufzunehmen, sie war aber dazu finanziell nicht in der Lage. Die Besatzungsmächte bestanden indes darauf, daß die Sachleistungen, insbesondere die Kohlenlieferungen sofort wieder aufgenommen werden. Nur unter dieser Bedingung konnte die Wiedererlangung der Wirtschaft von den Besatzungsmächtern erlaubt werden. Die Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse war aber unbedingt notwendig, um das Heer der Arbeitslosen wieder zur Arbeit zurückzuführen und um ungehindert die reparationsfähigen Erzeugnisse den nötigen politischen Zulieferern und die Abnehmer der bestetzten Gebiete vom Reich zu vermeiden.

Unter diesen Umständen und in der Erwägung, daß eine Gesamtregelung des Reparationsproblems in naher Zeit zu erwarten stand und damit die Lieferungen alsbald ihr Ende erreichen würden, entschloß sich zuerst die Ruhrkohleindustrie durch Umschmelzung ihres produzierten Kohlen, die Reparationsleistungen auszuführen und durchzuführen. Für diese Bereitwilligkeit war aber Voraussetzung, daß die Reichsregierung eine Verpflichtung zur späteren Erstattung der Leistungen erteilt.

Die Arbeiterschaft hat in einem Schreiben des Reiches an die Reichsregierung vom 20. Oktober für die Befreiung dieses Weges ein, da nach ihrer Auffassung sonst das Chaos und die Abwärtstendenz des Rhein- und Ruhrgebietes unermesslich gesteigert wäre. Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr, so lautet das Schreiben weiter, würde es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten ersprieße, diese Abwendung zu verhindern.

Für die Reichsregierung gab es von selbst, der bedrängten Ruhrbevölkerung zu helfen und die Möglichkeit der Ordnung der Wirtschaft des bestetzten Gebiets mit den letzten Mitteln, die ihnen noch zur Verfügung standen, zu fördern. Die Reichsregierung hat darauf den Verhandlungen der Industriellen, vertreten durch die Schiedskommission, unter Führung von Hugo Stinnes, mit der Wicam zugestimmt, die Aufhebung der übernommenen Lasten auf gewisse Reichsleistungen gestützt und für die darüber hinausgehenden Leistungen eine Verpflichtung zur Rückzahlung der vorgelegten Beträge mit der Wicam anerkannt, daß die Beträge der Zechen zunächst gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen demnach in Anleihe oder in anderer Weise vergütet werden.

Die Verpflichtung des Reiches zur Rückzahlung war unbestreitbar.

Es entspricht auch durchaus der Gerechtigkeit, weil es sich hierbei um die Begleichung von Reparationsleistungen handelt, die dem Reich zufließen und das Reich in seiner finanziellen Notlage nicht ausweichen konnte. Durch die Wicamverträge erzwungenen Bar- und Sachleistungen der Industrie sind ausdrücklich mit der

Begründung erfolgt, daß die erlangten Werte zur Abdeckung der deutschen Reparationsverpflichtungen verwendet und der deutschen Regierung auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Ebenfalls dient die vorausgegangene durch Gewirt erprobte Reparationsleistungen der Abdeckung von Reparationsverpflichtungen des Reiches.

Die Frage war nun, wann und in welcher Weise diese Verpflichtungen am vorteilhaftesten abgedeckt werden sollten. Durch eine schnelle Regelung, die nur im Wege des Vergleichs durchführbar war, bestand nicht nur die Aussicht, der Industrie Hilfe in ihrer finanziell höchst bedrückten Lage zu bringen, sondern vor allem die Möglichkeit, einen bedeutenden Nachschub ihrer Forderungen und damit einen finanziellen Vorteil für das Reich zu erzielen. Eine schnelle Einlösung der Reichsverpflichtungen war auch notwendig, um nicht die späteren Ereignisse, die mit den Dawesannahmen schon stark behaftet waren, durch die Enttarnung der Reparationsleistungen an die Wirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes noch mehr zu belasten.

Die Zahlungsform

war in den früher eingegangenen Verpflichtungen des Reiches offen gelassen. Die Verpflichtung auf Zahlung in Anleihe oder in anderer Weise. Eine Abfindung in Anleihe brachte der Industrie keine wesentliche Hilfe. Es wäre für die finanzielle und Währungsfrage gefährlich gewesen, wenn größere Mengen der Anleihe auf den Markt gebracht worden wären.

Die Regelung durch Vergleich erschien deswegen gerechtfertigt. Sie hat das Ergebnis, daß über 200 Millionen Reichsmark gegenüber dem Betrage erpariert worden sind, der hätte angewendet werden müssen, um vollen Ersatz der Lieferungen und Schäden zu gewähren.

Nach Abzug der bereits früher zu einem großen Teil in Eschwanenverleihen geleisteten Währungsleistungen und der seit November 1923 erfolgten Steuererstattungen betrug das noch zu leistende Reichssumme von rund 220 Millionen Reichsmark durch Übernahme einer Kreditverpflichtung des Bergbaus bei der Reichsbank abgedeckt, so daß eine Veranlassung von rd. 112 Millionen Reichsmark nicht bestand.

Diese Tatsache ist in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt geworden. Es wurde durchweg angenommen, daß jetzt pünktlich und 700 Millionen Reichsmark in bar an die Schwerindustrie der Ruhr ausgeschüttet worden sind. Tatsache ist, daß es sich bei der letzten Schüttung um weniger als ein Drittel dieses Betrages gehandelt hat.

Es bestand noch die Schwierigkeit, daß sich eine schnelle Abfindung nicht auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchführen ließ. Der Reichstag war aufgelöst und die Reichsregierung bestand sich in Demission. Den neuen Reichstag abwarten und die entsprechenden Gesetze einbringen, hätte eine Verzögerung um Monate bedeutet. Es hätte die Reichsregierung die bedeutendste Aufgabe zu lösen gehabt, die sie ganz abgesehen davon, daß in dieser Zwischenzeit weitere Zahlungen auf die bestehenden Verpflichtungen hätten geleistet werden müssen.

Um diesen Vorteil für das Reich zu sichern, wurde die Zahlung auf Grund einer Staatsanleihe vorgenommen. Die Anleihe wurde von vornherein die Möglichkeit, sich später Indemnität erteilen zu lassen.

Die für die Staatsüberführung auf Grund der Hausstandsordnung notwendige Voraussetzung eines unabweisbaren Bedürfnisses ist bei den Währungsleistungen von Reichsfinanzministern als gegeben anzusehen, da von den einzelnen Zahlungen jeweils die Möglichkeit der rechtzeitigen Einlösung in ganzen Industriezweigen wie auch die Aufrechterhaltung ihrer Betriebsführung abhängig erschien, und die Aufrechterhaltung einer Betriebsführung, die im Falle der Verneinung der Zahlungen unabweisbar schien, nicht erträglich gewesen wäre.

Linksregierungsversuch des Herrn Marx.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen gehen offiziell weiter in der Richtung einer Regierung der Volksgemeinschaft. Aber es ist kaum ein Geheimnis mehr, daß Marx selbst sich keinen rechten Erfolg davon verpricht, da insbesondere auch die Wirtschaftspartei gegen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ist. Es verläutet, daß neben den offiziellen Verhandlungen die eigentümlich entstehenden Zusammensetzungen hinter den Kulissen herlaufen, und daß Marx ein lebhaftes Interesse an Sozialisten, Demokraten und Zentrum bestehendes Kabinett so gut wie fertig habe, und mit diesem Kabinett am Mittwoch vor den Landtag treten wolle, um es ganz einfach darauf ankommen zu lassen, ob er für seine Regierung eine Mehrheit bekommt oder nicht.

Das Verfahren ist zwar rechtlich eigenartig, aber zum mindesten lenkenswert: Ist am Mittwoch zufällig die schon bekannte Mehrheit von 1-3 Stimmen vorhanden, dann hat das preussische Land und Volk eine Regierung, und zwar eine reine Linksregierung, in der die Sozialdemokratie die Majorität der Abgeordneten, wenn auch nicht der Minister, hat und also kommandiert.

Eine wirklich brauchbare Regierung ist aber auf diesem Wege nicht zu erhalten, denn die Zufallsmajorität kann am nächsten Tage schon geschwunden sein, wenn einige Abgeordnete der Linken zufällig abwesend sind. Und dann gibt es Ministerkrisen, Sturz der Regierung und neue Wahlen.

Da das Zentrum, wie sich jetzt zeigt, unerbittlich am Einsatze festhält, kann man nur hoffen, daß am Mittwoch schon die Mehrheit für das Kabinett Marx nicht zu bekommen ist und so wenigstens Zeit geparkt wird. Die Folge wird dann wohl Landtagsauflösung und Neuwahl sein müssen, so behauptet es, daß dann keine gangbare Regierung hat bilden können.

Bei der Neuwahl ist mit einem weiteren freien Aufsteigen der nationalen Parteien herüber zu rechnen, denn alle die Korruptionslandale haben dem gebildeten Staatsbürger und Steuerzahler die Augen über die bisherige Revolutionenwirtschaft geöffnet. Das werden die Demokraten schon merken und eben die Sozialisten, die eine denn doch etwas zu veraltete Meinung von der Intelligenz des deutschen Arbeiters haben, wenn sie glauben, dem Arbeiter gegenüber Kapitalistenpresse und dem Bürgertum gegenüber Kapitalistenpresse spielen zu können. Das deutsche sozialdemokratische Parteimitglied ist diszipliniert und Gehorsam gewohnt, aber es verlangt mit Recht Disziplin auch von den Führern. Wird es darin gekränkt, so geht es horthin, um zwar offen bekannt wird, daß Eigentum nicht Diebstahl ist, um aber wenigstens Theorie und Praxis übereinstimmen und soziales Empfinden durch die Tat beweisen wird, statt durch schöne Worte, über die der Sprecher insgeheim ebenso lacht, wie über die, die daran glauben.

Ein Schreiben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an Marx hält weitere Verhandlungen über die Bildung einer Volksgemeinschaftsregierung für völlig aussichtslos und teilt den Beschluß der Fraktion mit, sich an dem Kabinett mit Exzerpt als einzigen sozialdemokratischen Minister zu beteiligen.

Die Gehälter der Reichsbahnbeamten.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat den Direktoren (Abteilungsleitern) der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft Dienstaufwandsgehälter von 7500 bis 12000 Mark und neben ihren pensionsfähigen Gehältern nachfolgend Reichsbahndirektionspräsidenten erhalten 1100 bis 4000 Mt. Zulage und Dienstaufwandsgehälter von 8000 bis 12000 Mark. (Die Reichsminister erhalten 4800 Mark Dienstaufwandsgehälter.) Die anderen leitenden Beamten der Hauptverwaltung (bisherigen Ministerialräte) und der Gruppenverwaltung (bisherigen Direktoren) der Reichsbahn erhalten zu ihrem Gehalt nach Zulagen von 1100 bis 4000 Mark und Dienstauf-

